Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 292 (2013)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-515332

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Walter Bührer

Zum hundertsten Mal jährte sich 2012 der Untergang der «Titanic». Auf ihrer Jungfernfahrt war das damals grösste Schiff der Welt in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 etwa 300 Seemeilen südöstlich von Neufundland mit einem Eisberg kollidiert und zwei Stunden und 40 Minuten nach dem Zusammenstoss gesunken. Mehr als 1500 der über 2200 an Bord befindlichen Personen kamen ums Leben – hauptsächlich wegen der unzureichenden Zahl an Rettungsbooten und der Unerfahrenheit der Besatzung. Stärker als jedes andere Schiffsunglück hat die Katastrophe im Nordatlantik die Phantasie der Menschen bewegt: Zahllose Bücher, Filme, Theaterstücke befassen sich mit der Tragödie. Spätestens seit das Wrack 1985 auf dem Meeresgrund entdeckt wurde und seit dem Oscargekrönten Streifen von James Cameron (1997) ist die «Titanic» zum Mythos geworden, zum Sinnbild für «Katastrophe» und «Untergang» schlechthin. Allein schon der Name musste im nachhinein als Ausdruck menschlichen Grössenwahns empfunden werden. Bei ihrem Stapellauf Anfang April 1912 war die «Titanic» als technisches Wunderwerk gefeiert worden. Umso grösser der Schock und die Ernüchterung, als die «Titanic» an einem Eisberg zerschellte. Menschlichen Ambitionen waren – nicht zum ersten und nicht zum letzten Mal in der Geschichte – natürliche Grenzen aufgezeigt worden. Darüber hinaus erschien die «Titanic» vielen als Sinnbild einer Menschheit, die «mit voller Fahrt» geradewegs in den Untergang hineinrast. Nur gut zwei Jahre später, am 1. August 1914, brach der Erste Weltkrieg aus, 25 Jahre später der Zweite – ohne dass die Menschheit die Anzeichen der sich anbahnenden Katastrophen erkannt, geschweige denn einen

Bild: keystone

Zum Mythos und Sinnbild geworden: Der Untergang der «Titanic» in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912.

Ausweg gefunden hätte, sie abzuwenden. Auch heute scheint vielen eine Titanic-ähnliche Situation gegeben zu sein: Klimaveränderung und Erderwärmung, Ressourcenverknappung, Weiterverbreitung atomarer Waffen, Zunahme der Weltbevölkerung sind Gefahren, die das Raumschiff Erde als Ganzes bedrohen. Ob aber die Menschheit willens und fähig ist, die nötigen Kurswechsel einzuleiten?

Atomkraft und Klima

Die Erdbebenkatastrophe in Japan im April 2011 und das Reaktorunglück von Fukushima haben zwar weitherum in der Welt zu einem Umdenken punkto Nutzung der Atomkraft geführt. Deutschland hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen; die Schweiz fasst ihn bis 2034 ins Auge. Japan hingegen will einzelne der stillgelegten Reaktoren wieder in Betrieb nehmen, sobald sie die nötigen Sicherheitsanforderungen erfüllen. China, Indien und Brasilien setzen voll auf die friedliche Nutzung der Atomkraft, und auch die USA haben im Februar 2012, zum ersten Mal seit dem Nuklearunglück von Three Mile Island (1979), den Bau zwei neuer Kernreaktoren genehmigt. Der US-Atomaufsichtsbehörde NRC liegen zwanzig weitere Anträge zum Bau von Kernreaktoren vor. Frankreich, Indonesien, die Niederlande, die Türkei, Vietnam und Weissrussland erklärten, an ihren Plänen für neue Kernkraftwerke festzuhalten. Weltweit waren Ende 2011 210 Kernkraftwerke mit 442 Reaktorblöcken am Netz; 62 Kernkraftwerkblöcke sind im Bau, 154 weitere in Planung. Allein China, das aktuell 10 Atomreaktoren nutzt, plant den Bau von 116 weiteren Atomreaktoren. Weltweit deckt die Kernenergie rund 13 Prozent des Elektrizitätsverbrauchs der Erde. Die Frage stellt sich, ob die Lücken durch Verzicht auf die Nutzung der Atomkraft allein durch nachhaltige Energien wie Sonne, Wind und Erdwärme kompensiert werden können oder ob vermehrt fossile Energieträger einspringen müssen. In der Volksrepublik China beispielsweise werden heute noch rund 70 Prozent des Gesamtenergieverbrauches durch Kohle gedeckt, in Indien rund die Hälfte. Allerdings machen diese beiden Staaten geltend, dass ihr Pro-Kopf-Energieverbrauch bis heute nur einen Bruchteil des Konsums in den Industriestaaten des Westens betrage.

Die mangelnde Bereitschaft dieser Länder, auch ihrerseits bindende Verpflichtungen zur Eindämmung der CO_2-Emissionen zu akzeptieren, hat an den bisherigen Klimakonferenzen der UNO umfassende Abkommen verunmöglicht; auch die USA sind dem Kyoto-Protokoll nicht beigetreten. Die UNO-Klimakonferenz von Durban im Dezember 2011 erzielte immerhin einen teilweisen Durchbruch: Die Konferenzteilnehmer beschlossen, das Kyoto-Protokoll ab 1. Januar 2013 zu verlängern – mit dem Ziel, die globalen Emissionen an Treibhausgasen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent zu reduzieren. Erstmals gelang es, auch die USA, China und Indien als grösste CO_2-Verursacher einzubinden. Ob dies allerdings genügen wird, um den Anstieg der globalen Temperaturen bis Ende dieses Jahrhunderts auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen, ist fraglich. Die eindeutigen Berichte über das weltweite Abschmelzen der Gletscher, insbesondere des Grönlandeises, und die um sich greifende Dürre in der Sahelzone (Mali, Niger, Burkina Faso) sind deutliche Alarmzeichen, dass sich der Klimadampfer nach wie vor in die falsche Richtung bewegt.

Griechenland und Euro-Krise

An die «Titanic» gemahnen auch die internationalen Finanzkrisen: 2008 war die Spekulationsblase auf dem US-Immobilienmarkt geplatzt – mit verheerenden Folgen für die internationalen Märkte und die Weltwirtschaft. Seit 2009 stecken mehrere europäische Staaten, allen voran Griechenland, in einer gefährlichen Schuldenspirale, welche die Stabilität des Euro gefährdet. Jahrelang hatten Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal über ihre Verhältnisse gelebt, Defizite angehäuft und sich über die Stabilitätskriterien im Euroraum hinweggesetzt. Im Falle Griechenlands liessen auch einschneidende Sparpakete kei-

ne Hoffnung auf einen Ausweg aus eigener Kraft aufkommen. Trotzdem und mit Rücksicht auf die Stabilität des Euro liess die europäische Staatengemeinschaft Griechenland nicht fallen. Die Finanzminister der Eurozone, die Europäische Zentralbank und der IWF schnürten im März 2011 ein zweites Rettungspaket. Darin enthalten waren Kreditzusagen in Höhe von 130 Milliarden Euro. Im Gegenzug musste Griechenland mehr Kontrollen hinnehmen und einen Teil seiner Budgethoheit abgeben. Gegenüber den Gläubigerbanken setzte die EU einen Schuldenschnitt von 100 Milliarden Euro durch, womit Griechenland eine Atempause erhielt. Wegen der harten Sparauflagen wurde Griechenland mehrmals von Generalstreiks und Unruhen erschüttert. Premierminister Giorgios Papandreou erklärte am 9. November 2011 seinen Rücktritt; Nachfolger einer überparteilichen Regierung wurde Loukas Papadimas. Neuwahlen am 6. Mai 2012 ergaben jedoch eine Pattsituation: Die bisher regierenden Parteien, die Nea Dimokratia (ND) und die Sozialisten (Pasok) wurden von den Wählern für ihr Bekenntnis zum Sparpakt mit der EU und dem IWF schwer abgestraft: Die ND verlor 14,6 % ihres bisherigen Wähleranteils und kam noch auf 18,9 %. Die Pasok büsste gar 30,6 % ein und landete bei 13,2 %. Zweitstärkste Partei wurde die Koalition der Radikalen Linken mit einem Anteil von 16,8 %; sie hatte sich im Wahlkampf dezidiert gegen Reformen und Sparmassnahmen gewandt. Ausdruck des politischen Klimas waren auch die Resultate der Kommunisten sowie der Neonazi-Partei Goldene Morgendämmerung, die auf 8,5 bzw. 7,0 % kamen. Die neuen Kräfteverhältnisse verhinderten eine Regierungsbildung. Präsident Karolos Papoulias gelang es nicht, die wichtigsten Parteien des Landes auf ein breites, proeuropäisches Regierungsbündnis einzuschwören. Acht Tage nach dem ersten Urnengang mussten ein zweites Mal Parlamentswahlen angesetzt werden – mit der Aussicht, dass die radikalen Parteien weiter an Boden gewinnen würden. Ein Austritt oder ein Rauswurf Griechenlands aus dem Euro-Verbund wurde damit zur greifbaren Möglichkeit.

Bild: istockphoto

In gewaltsamen Protesten machten sich die Griechen mehrmals Luft gegen die harten Auflagen der EU und des Internationalen Währungsfonds.

Unpopulärer Sparkurs

Regierungswechsel auch in Italien und Spanien, zwei ebenfalls von der Schuldenkrise arg betroffene Staaten: Am 12. November 2011 reichte Silvio Berlusconi seinen Rücktritt ein. Sein populärer und zugriffiger Nachfolger Mario Monti zauderte nicht lange, sondern leitete umgehend Reformen ein, die Italien zurück zu finanzieller und politischer Stabilität führen sollten. Einen Rechtsrutsch erlebte Spanien bei den Parlamentswahlen vom 20. November 2011: Die Konservativen unter Mariano Rajoy gewannen 186 Mandate im 350 Sitze zählenden Parlament. Anders als

Bild: keystone

Der Sozialist François Hollande löste im Mai 2012 den bisherigen Präsidenten Nicolas Sarkozy an der französischen Staatsspitze ab.

vor ihm die Sozialisten unternahm Rajoy alles, um Spanien das Schicksal Griechenlands zu ersparen. Mit einer Arbeitslosenquote von über 20 Prozent präsentierten sich die Zukunftsperspektiven für Spanien allerdings düster. Während Portugal ebenfalls von der Schuldenkrise hart getroffen wurde und wahrscheinlich ebenfalls Hilfe von aussen in Anspruch nehmen muss, gelang es Irland aus eigener Kraft, sich von den Erschütterungen der Finanzkrise 2007 zu erholen.

Auch in Frankreich kam es zu einem Wechsel an der Staatsspitze: Präsident Nicolas Sarkozy wurde in der Stichwahl vom 6. Mai 2012 vom sozialistischen Herausforderer François Hollande klar geschlagen (mit 51,6 % gegen 48,4 %). Im Gegensatz zu Sarkozy, der den Sparkurs der EU mitgetragen hatte, sprach sich Hollande für eine Neuverhandlung des EU-Stabilitätspaktes und für Massnahmen zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums aus. Auch die niederländische Regierung zerbrach am Sparkurs der Regierung. Deutschland sah sich innerhalb der EU immer mehr isoliert. Aber auch intern erwuchs der deutschen Regierung immer stärkere Opposition. Die FDP brach bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und im Saarland förmlich ein. Die CDU von Kanzlerin Angela Merkel erlitt bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (am 6. Mai 2012) eine schwere Niederlage, während die SPD triumphierte.

In Russland blieb trotz Präsidentenwechsel alles beim Alten: Wladimir Putin gewann bei den Wahlen vom 4. März 2012 im ersten Wahlgang 63,6 % der Stimmen und kehrte damit nach vier Jahren Unterbruch wieder ins Präsidentenamt zurück. Bereits zwischen 2000 und 2008 hatte der ehemalige Geheimdienstchef das höchste Amt in der Russischen Föderation innegehabt. Zwischen 2008 und 2012 war Putins Freund Dmitri Medwedew an die Staatsspitze gerückt, während Putin sich mit der Funktion des Regierungschefs begnügte. Die Präsidentenwahl verlief 2012 nicht ganz störungsfrei; Tausende von Menschen protestierten gegen Putin und seinen zusehends autokratischeren Regierungsstil.

Atomare Ambitionen

Auch die weltweite Aufrüstung und die Weiterverbreitung von Atomwaffen rufen das Schicksal der «Titanic» in Erinnerung. Besonders Iran und Nordkorea setzten ihren gefährlichen Weg fort. Trotz internationalem Druck beharrten sie auf ihren Atomprogrammen. Das Mullah-Regime in Teheran liess sich auch von verschärften Sanktionen der EU und der USA nicht beirren. Es beharrte auf seiner Version, alle Anstrengungen kämen nur der zivilen Nutzung der Nuklearkraft zugute. Das Atomprogramm diene der Diversifizierung seiner Energieversorgung. Demgegenüber befürchten die USA und die EU, aber auch die arabischen Staaten und Israel, Iran strebe nach Atomwaffen, um die Kräfteverhältnisse in der mittelöstlichen Region zu seinen Gunsten zu verändern. Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad hatte wiederholt mit der Vernichtung Israels und des «zionistischen Regimes» gedroht.

Das seit 2005 dauernde Katz-und-Maus-Spiel Irans mit der UNO und der Staatengemeinschaft dauerte auch in der Berichtsperiode an: 2010 hatte das Regime der Urananreicherung im Ausland im Grundsatz zugestimmt, war dann jedoch von diesem Entgegenkommen wieder abgerückt. 2011 nahm der Iran in

Fordo, 30 Kilometer nördlich von Qom, eine unterirdische Anlage in Betrieb, in der Brennstäbe mit angereichertem Uran hergestellt werden konnten. Allerdings erlitt das iranische Atomprogramm auch Rückschläge: Ein Computervirus verzögerte die Inbetriebnahme des ersten iranischen Kernkraftwerks in Busher Ende 2010 um Monate. Am 10. November 2011 ereignete sich auf einem Raketentestgelände der Revolutionsgarden eine Explosion, bei der laut offiziellen Angaben 17 Armeeangehörige den Tod fanden. Mehrere hochrangige Nuklearspezialisten wurden 2011 und 2012 bei Anschlägen auf offener Strasse umgebracht: Am 11. Januar 2012 wurde beispielsweise Mostafa Ahmadi Roschan, Direktor der Urananreicherungsanlage in Natanz, mittels einer magnetischen Bombe in Teheran getötet. In all diesen Fällen beschuldigte das Teheraner Regime den israelischen und den amerikanischen Geheimdienst, hinter den Anschlägen zu stehen. Dass besonders Israel das iranische Atomprogramm als erhebliche Gefahr einschätzt, liessen Berichte erkennen, wonach das Land einen Militärschlag gegen Iran vorbereitet.

Für sein Atomprogramm hatte der Iran auch verschärfte Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft in Kauf zu nehmen: Am 23. Januar 2012 beschloss die EU umfassende Wirtschaftssanktionen, die sich unter anderem gegen die Erdölindustrie und die Zentralbank des Iran richteten. Wahrscheinlich war es diesem verschärften Embargo zuzuschreiben, dass sich der Iran im April 2012 wieder zu Verhandlungen mit den UNO-Vetomächten bereiterklärte. Entsprechende Gespräche waren im Januar 2011 ergebnislos abgebrochen worden. Die Sanktionen trafen die Wirtschaft des Landes hart und blieben nicht ohne Auswirkungen auf die Politik: Bei Parlamentswahlen im März 2012 erlitt die Präsident Ahmadinedschad nahestehende Partei eine schwere Niederlage.

Unberechenbares Nordkorea

Auch Nordkorea hielt an seinem Atomprogramm fest. 2006 und 2009 hatte der kommunistische Staat mit Testexplosionen bewiesen, dass er über eigene Atomwaffen verfügt. Gleichzeitig trieb er sein ehrgeiziges Raketenprogramm voran. Dies, obschon das Land bitterarm ist und Mühe hat, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Wie der Iran betrieb Nordkorea eine unberechenbare Politik: Provokationen, Anschuldigungen und Schalmeientöne lösten einander in rascher Folge ab. Am 27. Februar 2011 kündigte das Regime in Pyöngyang an, sein nukleares Arsenal weiter ausbauen zu wollen. Ziemlich genau ein Jahr später, am 29. Februar 2012, erklärte Nordkorea ein Moratorium für die Anreicherung von Uran und das Testen von Langstreckenraketen, um neue Lebensmittellieferungen der USA zu erhalten. Nordkorea erlaubte ausserdem Inspektoren der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) den Zutritt zur Atomanlage Nyongbyon. Der Tod Kim Jong-Ils am 17. Dezember 2011 ging ohne Erschütterungen über die Bühne. Ihm folgte sein Sohn Kim Jong-Un an der Staatsspitze nach. Erwartungsgemäss änderte der Machtwechsel nichts am Verhältnis Nordkoreas zur übrigen Welt. Nordkorea setzte seine Politik der Provokationen gegenüber Südkorea, Japan und den USA unentwegt fort. Erstmals trat der neue Staatschef anlässlich der Feiern zum 100-Jahr-Jubiläum des Staatsgründers Kim Il-Sung Mitte April 2012 an die Öffentlichkeit. Der Start einer Langstreckenrakete geriet jedoch zur Peinlichkeit: Kurz nach dem Abheben stürzte sie ins Meer ab. Offen blieb damit die Zukunft eines Staates, der durch seinen Militarismus und seine Bewaffnung eine eminente Gefahr für den Weltfrieden darstellt.

Erfolgreich demonstrierte Indien seine Militärmacht. Das mit einer Bevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen zweitgrösste Land der Welt hat sich in den vergangenen Jahren auch zu einer der wirtschaftlich dynamischsten Regionen entwickelt. Mit dem Start einer Langstreckenrakete am 19. April 2012 zog Indien mit seinem asiatischen Erzrivalen China gleich. Anders als im Falle von Nordkorea blieben die internationalen

Bild: keystone

Der libysche Diktator Muammar Ghadhafi wurde bei der Einnahme der Stadt Sirte durch Aufständische am 20. Oktober 2011 getötet.

Reaktionen sehr zurückhaltend. Das demokratisch regierte Indien wird von niemandem verdächtigt, von seinem Atomwaffenarsenal in unverantwortlicher Weise Gebrauch zu machen.

Skrupellose Diktatoren

Diktaturen sind unberechenbar, und ihr Fall reisst oft ganze Länder oder Regionen in den Abgrund. Die Möglichkeiten, von aussen einzuwirken und besonders hässliche und menschenverachtende Regime loszuwerden, sind naturgemäss beschränkt. Dies zeigte sich an zwei Beispielen besonders deutlich: Libyen und Syrien. In den beiden arabischen Ländern hatten sich 2011 Tausende erhoben, um ihre verhassten Regime loszuwerden. In Libyen waren die Auseinandersetzungen rasch eskaliert, nachdem das Ghadhafi-Regime mit militärischen Mitteln gegen die Demonstranten vorgegangen war. Zum Schutz der Zivilisten verfügten Grossbritannien, Frankreich und die USA eine Luft- und Seeblockade. Die damit einhergehenden Luftangriffe gegen Stellungen und Depots der Ghadhafi-Anhänger entschieden schliesslich den Ausgang des Ringens: Im August eroberten Aufständische die Hauptstadt Tripolis. Am 20. Oktober wurde Ghadhafis Geburtsstadt Sirte eingenommen, der Diktator gefangen gesetzt und getötet. Am 23. Oktober erklärte der Nationale Übergangsrat das ganze Land für befreit. Schätzungsweise 30 000 Menschen verloren beim Bürgerkrieg in Libyen ihr Leben; über 60 000 wurden verletzt.

Auch das Assad-Regime in Syrien liess keinen Zweifel daran, dass es um jeden Preis an der Macht festhalten wollte. Sicherheitskräfte setzten seit Beginn der Auseinandersetzungen im März 2011 immer wieder scharfe Munition gegen Demonstranten ein, doch gelang es ihnen nicht, die Unruhen einzudämmen. Zentren des Widerstandes waren Dera'a, Hama, Homs und Lattakia. Zu einem eigentlichen Massaker kam es zu Beginn des Fastenmonats Ramadan Anfang August 2011, als Assad die Armee in die Innenstadt von Hama eindringen liess; die Opposition sprach von 140 Toten. Schon einmal, 1982, war die Stadt Hama Brennpunkt eines Aufstandes gewesen; Bashar el-Assads Vater Hafez hatte die Luftwaffe gegen rebellierende Moslembrüder eingesetzt; über 20 000 Menschen sollen damals ums Leben gekommen sein. Die Proteste in Syrien liessen sich diesmal nicht begrenzen. Immer mehr Mitglieder der Sicherheitskräfte gingen zu den Aufständischen über. Internationale Proteste bewirkten wenig, um das Blutvergiessen zu beenden. Ende 2011 sprach die UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, von über 5000 zivilen Opfern; Tausende würden in Gefängnissen und Lagern gehalten und gefoltert. Die Arabische Liga suspendierte Syriens Mitgliedschaft; die Golfstaaten

und Saudi-Arabien unterstützten immer offener die syrische Opposition. Auch die Türkei wandte sich von Assad ab. China und Russland, zusammen mit Iran Syriens engste Verbündete, verhinderten jedoch eine Verurteilung des Assad-Regimes durch den UNO-Sicherheitsrat, obschon dieses sich an keine seiner Zusagen hielt. Unverrichteter Dinge musste eine arabische Beobachtermission wieder abziehen. Wochenlang belagerten Streitkräfte die Innenstadt von Homs, in der sich Aufständische verschanzt hatten. Dem von den Vereinten Nationen als Vermittler eingesetzten ehemaligen UNO-Generalsekretär Kofi Annan gelang es Ende März, einen Waffenstillstand zwischen dem Regime und der Opposition zu vereinbaren; der entsprechenden Erklärung des UNO-Sicherheitsrates stimmten schliesslich auch Russland und China zu. Bombenanschläge in Damaskus und andern Städten offenbarten indes deutlich die Handschrift der Terrororganisation al-Kaida, die sich das Chaos in Syrien zunutze machen konnte.

Der Aufstand der Syrer gegen das Assad-Regime forderte Tausende von Menschenleben.

Mittelöstlicher Krisenbogen

Vergleichsweise unblutig und rasch wurden 2011 autoritäre Regime in Tunesien und Ägypten gestürzt. In beiden Ländern waren jedoch die treibenden Kräfte der Revolutionen nur bedingt deren Profiteure: Sowohl in Tunesien als auch in Ägypten schwangen bei Wahlen islamistische Parteien obenaus. In der Wahl für die Verfassunggebende Versammlung Tunesiens am 27. Oktober 2011 errang die Islamisten-Partei En-Naha 90 von 217 Sitzen; als Übergangspräsident wurde am 12. Dezember 2011 der linksliberale Oppositionspolitiker Moncef Marzouki gewählt. In Ägypten verblieb die Macht nach dem Sturz der Mubarak-Diktatur in den Händen eines Militärrats unter Feldmarschall Mohammed Hussein Tantawi. Doch bestimmten immer mehr die islamistischen Parteien die Geschicke des Landes. Bei den Parlamentswahlen vom Dezember 2011 und Januar 2012 kam die islamische Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (Moslembrüder) auf 45,7 Prozent, die radikal-islamistische Partei des Lichts (Salafisten) auf 24,6 Prozent. Weit abgeschlagen rangierten die Kräfte, welche die Revolution getragen hatten: Die liberale Partei Neue Wafd-Partei erreichte nur gerade 8,4 Prozent, das liberale Parteienbündnis Ägyptischer Block 6,6 Prozent. Damit hatten die Islam-Parteien auch in der Verfassunggebenden Versammlung das Sagen – was die liberalen und laizistischen Kräfte dazu bewog, das Gremium zu boykottieren.

Der Irak machte als Krisenherd nicht mehr grosse Schlagzeilen. Die letzten amerikanischen Kampftruppen verliessen das Land am 18. Dezember 2011. Zwar wurde der Irak weiterhin von Bombenanschlägen und politischen Krisen erschüttert. Insgesamt blieb es jedoch

Bilder: istockphoto

Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde am 1. April 2012 bei einer Nachwahl triumphal ins burmesische Parlament gewählt.

erstaunlich ruhig im Zweistromland.

Anders in Afghanistan: Dort zeichnete sich immer mehr ein Scheitern der ausländischen Militärintervention ab. Den Streitkräften Amerikas und seiner Verbündeten gelang es nicht, das Land am Hindukusch zu befrieden. Die Taliban wähnten sich im Aufwind, seit sich die USA auf einen Rückzug der meisten ihrer Kampftruppen bis 2014 festlegten. Im Juli 2011 wurden die ersten 650 US-Soldaten ersatzlos abgezogen. Verhandlungen mit den Taliban blieben im Anfangsstadium stecken. Im April gelang es den Taliban in einer als «Frühjahrsoffensive» deklarierten Aktion, bis ins stark gesicherte Zentrum der Hauptstadt Kabul vorzudringen und sich dort während fast 24 Stunden zu halten. Umgekehrt machten US-Truppen immer öfter durch unrühmliche Episoden von sich reden: Sie posierten vor gefallenen Taliban-Kämpfern oder liessen sich fotografieren, wie sie auf tote Taliban urinierten. Besonders vehemente Proteste löste der Fund von Koran-Exemplaren in einer Mülldeponie der Amerikaner aus.

Demokratischer Hoffnungsschimmer

Hoffnung auf eine bessere Zukunft gab es dagegen in Myanmar. Seit 1962 wird das südostasiatische Land, das früher Burma hiess, von einer Militärjunta regiert. Obschon die Generäle das potentiell reiche Land wirtschaftlich ruiniert und jahrzehntelang gegen die nicht-burmesischen Völker im eigenen Land Krieg geführt hatten, hielten sie bis 2010 eisern an der Macht fest. Erst mit der Wahl eines Parlaments und der Ernennung des Ex-Generals Thein Sein zum ersten zivilen Präsidenten Burmas seit 1962 begannen sich die innenpolitischen Verhältnisse zu ändern. Die führende Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi wurde aus dem Hausarrest entlassen; Hunderte von politischen Gefangenen kamen frei, und die Zensur wurde gelockert. Dass die Regierung den Bau eines umstrittenen Staudamms am Irrawaddy oberhalb von Myitkyina stoppte, war nicht nur ein Entgegenkommen gegenüber der Bevölkerung, sondern auch eine Warnung an China, dessen Einfluss in Myanmar als Folge des westlichen Embargos laufend gewachsen war. Am 1. April 2012 fanden Nachwahlen in das bislang von den Militärs dominierte Parlament statt; daran nahm neben 16 andern Parteien auch die Nationale Liga für Demokratie (NLD) von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi teil. Suu Kyi wurde mit über 80 Prozent der Stimmen in ihrem Wahlkreis gewählt; 43 von 45 zur Wahl stehenden Mandaten gingen an die NLD. Die Reformen in Burma fanden im westlichen Ausland ein einhellig positives Echo: US-Aussenministerin Hillary Clinton und der britische Premierminister David Cameron besuchten erstmals das Land, und die EU wie auch die Schweiz lockerten nach den Nachwahlen vom 1. April 2012 ihre Sanktionen gegen das asiatische Land.

Gegensätzliche Entwicklungen waren auf dem afrikanischen Kontinent zu registrieren. In zwei jahrelang von Bürgerkriegen und politischer Instabilität heimgesuchten Ländern fanden erfolgreich Wahlen statt: In Liberia wurde Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf im Amt bestätigt; kurz nach der erfolgreichen Wiederwahl konnte sie überdies den Friedensnobelpreis 2011 entgegennehmen. In der Elfenbeinküste endeten die Parlamentswahlen im November mit dem Sieg der Regierungspartei von Präsident Alassane Ouattara. In Senegal brachten die Präsiden-

tenwahlen einen Machtwechsel: In der Stichwahl am 25. März 2012 unterlag der Amtsinhaber Abdoulaye Wade gegen Macky Sall. Im Unterschied zu andern afrikanischen Potentaten akzeptierte Wade umgehend seine Niederlage und gratulierte dem Sieger noch am Wahlabend. Demgegenüber war die Präsidentschaftswahl im Kongo – sie endete erwartungsgemäss mit dem Sieg des Amtsinhabers Kabila – von Unregelmässigkeiten und Unruhen geprägt.

Der Norden Nigerias wurde von Anschlagsserien heimgesucht, die sich gegen christliche Kirchen und Regierungseinrichtungen richteten. Zu den Gewaltakten, die Hunderte von Opfern forderten, bekannte sich die radikal-islamistische Gruppe Boko Haram. – Im Süden Sudans war 2011 nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg ein neuer Staat entstanden. Offen blieben Fragen um den Grenzverlauf und vor allem um die Kontrolle von Ölfeldern; Südsudan finanziert sich zu 98 Prozent aus dem Ölgeschäft. Schon rasch nach der Unabhängigkeitserklärung des neuen Staates Südsudan am 9. Juli 2011 eskalierten die Spannungen. Mitte April 2012 drohten sie zu einem eigentlichen Krieg auszuarten. – In Mali putschte am 20. März 2012 das Militär. Präsident Amadou Toumani Touré wurde für abgesetzt erklärt. Der UNO-Sicherheitsrat, die EU und die Afrikanische Union verurteilten einhellig den Staatsstreich und belegten die Militärjunta mit Sanktionen. Tuareg-Rebellen im Norden des Landes profitierten vom politischen Chaos und proklamierten einseitig die Unabhängigkeit der Region. Schliesslich krebste das Militärregime zurück und stellte Wahlen und die Machtübergabe an eine zivile Regierung in Aussicht.

Bild: keystone

Vor der italienischen Insel Giglio lief am 13. Januar 2012 das Kreuzfahrtschiff «Costa Concordia» auf Grund.

Eine Schiffshavarie der besonderen Art

Ironie des Schicksals: Hundert Jahre nach dem Untergang der «Titanic» sah sich die Welt ausserdem mit einer Schiffshavarie der besonderen Art konfrontiert: Am Abend des 13. Januar 2012 lief das Kreuzfahrtschiff «Costa Concordia» vor der Küste der italienischen Insel Giglio auf einen Felsen auf, neigte sich zur Seite und sank unmittelbar vor dem Hafen auf Grund. 3200 Passagiere waren an Bord des Schiffes; 32 von ihnen fanden den Tod. Das Unglück ereignete sich wegen einer gefährlichen Mischung aus Dummheit und Geltungsdrang: Schon mehrmals zuvor waren Kreuzfahrtschiffe besonders nahe an der Insel vorbeigefahren; Kapitän Francesco Schettino hatte das als «Verneigen» bezeichnete Manöver speziell angekündigt. Ihm und seinem Ersten Offizier wurden fahrlässige Tötung und Herbeiführung eines Schiffbruchs vorgeworfen. Ausserdem sah sich der Kapitän mit dem Vorwurf konfrontiert, das Schiff schon Stunden vor Abschluss der Evakuierung verlassen zu haben.

Die Schweiz erlebte kein Katastrophenjahr. Unser Land hatte bereits die Folgen der Finanzkrise von 2008 vergleichsweise gut gemeistert. Trotzdem blieb es von den Auswirkungen der Verwerfungen im Gefolge der Griechenland- und der Eurokrise nicht ganz verschont. Einerseits gingen die Exporte wegen der nachlassenden Konjunktur in Europa, aber auch in den USA zurück. Anderseits verteuerte die Aufwertung des Frankens die schweizerischen Produkte. Der Kurs des Euro sackte zwischen Mitte April 2011 und Mitte August von 1.31 auf 1.07 Franken ab, jener des Dollar von 1 Franken auf 75 Rappen. In der Krisenzeit wurde der Schweizer Franken einmal mehr zur gesuchten Fluchtwährung; Spekulationsgeschäfte trieben den Kurs des Frankens in immer unrealistischere Höhen. Die Währungsverschiebungen drohten die lebenswichtigen Ausfuhren unseres Landes zunehmend abzuwürgen.

Nachdem die Schweizerische Nationalbank (SNB) längere Zeit mit Stützungskäufen gegen den Auftrieb des Frankens gekämpft hatte – freilich ohne Erfolg und mit Milliardenverlusten –, entschloss sie sich zu dezidiertem Handeln. Am 6. September legte sie eine Untergrenze von Fr. 1.20 für den Euro fest und gab bekannt, diesen Kurs mit allen Mitteln zu verteidigen. Schlagartig schnellte der Kurs über die festgelegte Schwelle. Der Exportwirtschaft und dem Fremdenverkehr wurde damit etwas Atemraum verschafft. Die Strategie der Nationalbank erwies sich als überraschend erfolgreich; wie viel Geld dafür eingeschossen werden musste, gab die SNB nicht bekannt. Es war jedoch offenkundig, dass Milliardensummen zur Verteidigung des Frankens eingesetzt werden mussten. Als sich die Griechenlandkrise im April/Mai 2012 verschärfte, ging der Kurs mehrmals gefährlich nahe an die festgelegte Grenze; zweimal wurde diese sogar kurzzeitig unterschritten.

Verhängnisvolle Devisengeschäfte

Die Intervention der Nationalbank hatte ein Nachspiel: Im Dezember 2011 tauchten Gerüchte auf, SNB-Präsident Philipp Hildebrand habe vor dem 6. September private Devisengeschäfte getätigt. Eine interne, vom Bankrat veranlasste Untersuchung durch die Firma PricewaterhouseCoopers kam jedoch zum Schluss, dass kein Verstoss gegen das Reglement über Eigengeschäfte mit Finanzinstrumenten vorliege und dass alle Transaktionen regelkonform getätigt worden seien. Anfang Januar teilte die Bank Sarasin mit, dass Kundendaten von einem Mitarbeiter der Bank entwendet und unerlaubterweise an externe Dritte weitergegeben wurden. Die Hintergründe dazu veröffentlichte «Die Weltwoche»: Ein IT-Angestellter hatte Hildebrands Bankdaten dem Thurgauer Anwalt Hermann Lei zugespielt, worauf sie dieser dem mittlerweile in den Nationalrat gewählten Ex-Bundesrat Christoph Blocher übergab. Blocher orientierte den Bundesrat als Aufsichtsbehörde der SNB. Laut «Weltwoche» waren im August über das Konto von Hildebrand 504 000 Dollar gekauft worden; er selber habe die Transaktion veranlasst, behauptete «Die Weltwoche». Hildebrand bestritt, von diesem Kauf etwas gewusst zu haben; der Devisenkauf sei allein von seiner Frau Kashya getätigt worden. Ein E-

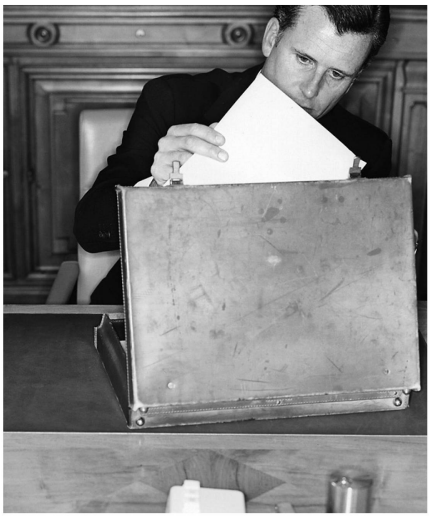

Bild: keystone

Philipp Hildebrand trat am 9. Januar 2012 als Präsident der Schweizerischen Nationalbank zurück.

Mail säte jedoch erhebliche Zweifel an dieser Version. Wenige Tage darauf zog Hildebrand die Konsequenzen: Am 9. Januar trat er von seinem Amt als SNB-Präsident zurück. Zum Nachfolger ernannte der Bundesrat am 18. April den bisherigen Vizepräsidenten Thomas Jordan.

Die Affäre Hildebrand war damit nicht ausgestanden: Gegen die Personen, welche die Bankdaten weitergegeben hatten, wurden Strafverfahren eröffnet; bei Lei und Blocher fanden sogar Hausdurchsuchungen statt. Der Fall vergiftete auch die eidgenössische Politik. Die SVP, welche Hildebrand schon früher hart kritisiert hatte, sah sich mit dem Vorwurf konfrontiert, einen Rachefeldzug gegen den SNB-Präsidenten zu führen. Parteien wie die SP und die CVP, die üblicherweise dezidiert gegen Spekulations- und Insidergeschäfte aufzutreten pflegten, stellten sich hinter den Präsidenten der Nationalbank; auch der Bundesrat verteidigte ihn, bis er nicht mehr zu halten war.

Niederlagen der SVP

Die Kräfteverhältnisse auf Bundesebene hatten sich verändert. Bei den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 erlitt die SVP einen empfindlichen Dämpfer, während sich die Linke behaupten konnte. Die SVP blieb zwar mit Abstand stärkste Partei: Sie büsste 2,4 % Stimmenanteil ein und kam noch auf 26,6 %; ihre Mandatszahl im Nationalrat ging um 8 auf 62 zurück. Die SP verlor ebenfalls leicht an Stimmen (18,7 %, minus 0,85 %); sie konnte ihre Sitzzahl jedoch um 3 auf 46 steigern. Zu den Wahlverlierern gehörten auch die FDP (15,1 %, minus 2,5 %), die CVP (12,3 %, minus 2,2 % und die Grünen (8,4 %, minus 1,15 %). Gewinner waren die neuen Parteien der politischen Mitte, Grünliberale und BDP. Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die als Absplitterung von der SVP entstanden war, kam auf 5,4 % und errang 9 Sitze, die Grünliberale Partei erzielte ebenfalls 5,4 % und zog mit 12 Mitgliedern neu in den Nationalrat ein.

Die SVP scheiterte auch mit ihrem gross angekündigten Angriff auf den Ständerat: Statt zusätzliche Mandate zu gewinnen, fiel sie von 7 auf 5 Sitze zurück. Im Kanton Bern verlor sie den erst kürzlich eroberten Sitz (Adrian Amstutz) an die SP (Hans Stöckli); in Zürich scheiterte Christoph Blocher (gegen Verena Diener, GLP, und Felix Gutzwiller, FDP), in St. Gallen SVP-Präsident Toni Brunner (gegen Paul Rechsteiner). Auch die CVP (13, minus 1) und die FDP (11, minus 1) büssten Terrain ein, während die SP die Zahl ihrer Mandate von 8 auf 11 steigern konnte.

Die Kräfteverschiebungen im Parlament wirkten sich auch auf die Zusammensetzung des Bundesrates aus: Die SVP scheiterte mit ihrem Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat; ihr Ziel, den vier Jahre zuvor mit der Abwahl von Christoph Blocher verlorenen Sitz zurückzuerobern, endete mit einer kläglichen Niederlage. Der Anspruch der SVP auf einen zweiten Sitz wurde zwar weitherum anerkannt. Er richtete sich jedoch bei der Gesamterneuerungswahl explizit gegen Eveline Widmer-Schlumpf, die 2007 gegen den Willen der SVP in die Landesregierung gewählt und daraufhin aus der SVP ausgeschlossen worden war. Obschon ihr Leistungsausweis, vor allem im Justizministerium und in der Asylpolitik, zu viel Kritik Anlass gegeben hatte, war die Mehrheit der Bundesversammlung nicht dafür zu haben, zum dritten Mal (nach Ruth Metzler und Christoph Blocher) erneut ein amtierendes Mitglied der Bundesversammlung abzuwählen. Ausserdem hatte die SVP mit ihrer Kandidatenkür keine glückliche Hand: Der anfänglich nominierte Bruno Zuppiger geriet ins Zwielicht, als «Die Weltwoche» aufdeckte, dass Zuppiger ihm anvertraute Gelder aus einer Erbschaft veruntreut hatte. Die SVP trat schliesslich mit Bauernverbandspräsident Hansjörg Walter sowie mit dem Freiburger Jean-François Rime an. Beide unterlagen deutlich. Nach der klaren Wiederwahl Widmer-Schlumpfs (mit 131 von 239 Stimmen im ersten Wahlgang) attackierte die frustrierte SVP-Führung ebenso erfolglos einen der beiden FDP-Sitze. Die Freisinnigen brachten sowohl Didier Burkhalter als auch Johann

Bild: keystone

Alain Berset wurde als Nachfolger von Micheline Calmy-Rey neu in die Landesregierung gewählt.

Schneider-Ammann problemlos durch. Anders als die SVP hatte die SP die Bundesratswahl hervorragend vorbereitet. Für die zurücktretende Aussenministerin Micheline Calmy-Rey nominierte sie den Freiburger Ständerat Alain Berset und den Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard. Gewählt wurde im zweiten Wahlgang Alain Berset.

Da Didier Burkhalter auf den freigewordenen Posten an der Spitze des EDA-Chefs hinüber wechselte, wurde das Innenministerium frei für den neugewählten Berset. Die SP übernahm damit die Führung eines ihrer Wunschdepartemente. Der neue Bundesrat sah sich allerdings riesigen Herausforderungen gegenüber, allem voran bei der langfristigen Sicherstellung der Sozialwerke und bei der Gesundheitsversorgung.

Auch bei kantonalen Wahlen verlor die SVP Wähleranteile: Im Kanton St. Gallen büsste die SVP 5 % ein (noch 25,5 %) und fiel im 120köpfigen Kantonsparlament von 41 auf 35 Sitze zurück; Gewinner waren die SP und die Grünliberalen. Noch herber waren die Verluste im Thurgau: Im 130köpfigen Grossrat verlor die SVP 10 ihrer bisher 51 Mandate, während GLP und BDP entsprechend zulegen konnten.

Zankapfel Personenfreizügigkeit

Bemerkenswerterweise vermochte die SVP nicht mehr im gleichen Mass wie in den Vorjahren von Themen wie Zuwanderung, Asylwesen, Gewaltkriminalität und Sozialmissbrauch zu profitieren. Dabei stieg der Ausländeranteil in der Schweiz 2011 sogar noch stärker an als 2010: Insgesamt wanderten nach Angaben des Bundesamtes für Statistik 2011 142 471 Ausländer und Ausländerinnen in unser Land ein (2010: 134 171). Die Zahl der Auswanderungen ging dagegen mit rund 64 000 leicht zurück. Unter den neu Eingewanderten waren die Deutschen am zahlreichsten (plus 12 601), gefolgt von Portugiesen (+11 018), Kosovaren (+8 923), Franzosen (+4 370) und Eritreern (+2 575). Seit im Mai 2011 die Personenfreizügigkeit für acht neue EU-Länder in Kraft getreten war, nahm auch die Zahl osteuropäischer Einwanderer markant zu. Rund 4 700 Personen aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien oder Ungarn wanderten 2011 ein. Angesichts dieser Zahlen setzte der Bundesrat die mit der EU vereinbarte Ventilklausel in Kraft; sie erlaubt es, der Zuwanderung von Osteuropäern bis 2014 Schranken zu setzen. Dieser Schritt war aussenpolitisch heikel, diskriminierte er doch die neuen EU-Mitglieder im Osten Europas einseitig gegenüber den «alten» EU-Ländern. Entsprechend harsch fielen die Reaktionen aus Brüssel und aus den betreffenden Staaten Osteuropas aus. Anderseits sah sich der Bundesrat unter wachsendem innenpolitischem Druck. Im Februar 2012 reichte die SVP ihre Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» mit rund 136 000 Unterschriften ein. Sie würde, falls sie

von Volk und Ständen angenommen würde, der Personenfreizügigkeit mit der EU und damit den bilateralen Verträgen ein Ende setzen.

Die Personenfreizügigkeit bildete nicht den einzigen Zankapfel zwischen der Schweiz und der EU. Brüssel pochte zusehends stärker auf die automatische Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz in den Bereichen, die durch bilaterale Abkommen geregelt sind. Die Schweiz hingegen wünschte die Fortsetzung des bilateralen Weges ohne Automatismus.

Bild: keystone

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble unterzeichneten am 21. September 2011 das Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland.

Steuerstreit mit Deutschland

Unterschiedliche Interessen trennen die Schweiz und die EU namentlich in der Steuerpolitik. Brüssel strebt den automatischen Informationsaustausch an, während die Schweiz das Bankkundengeheimnis trotz wachsenden Drucks aus dem Ausland bewahren will. Allerdings widersetzen sich auch einzelne EU-Mitglieder wie Österreich und Luxemburg dem automatischen Informationsaustausch. Um den Steuerstreit zu entschärfen, hatte die Schweiz eine Lösung mit einer Abgeltungssteuer analog der schweizerischen Verrechnungssteuer vorgeschlagen. Deutschland und Grossbritannien traten auf diesen Vorschlag ein; mit beiden Ländern konnte Bern Steuerabkommen aushandeln. Am 21. September 2011 unterzeichneten Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf und der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble ein entsprechendes Abkommen, wonach Schweizer Banken automatisch Steuern auf Vermögen deutscher Kunden einziehen und an Deutschland abliefern. Diesem Abkommen erwuchs jedoch Widerstand im deutschen Bundesrat. In der Länderkammer hatten Sozialdemokraten und Grüne die Mehrheit. Sie drängten vehement auf Nachbesserungen, wozu sich die Schweiz schliesslich bereiterklärte. Demnach sollen Geldanlagen von Deutschen in der Schweiz aus den vergangenen zehn Jahren von 2013 an mit 21 bis 41 Prozent besteuert werden. Für die Zukunft regelt das Abkommen, dass Kapitalerträge deutscher Staatsbürger in der Schweiz pauschal mit 26,4 Prozent besteuert werden sollen – ebenso hoch wie in Deutschland.

Neben Grossbritannien schloss auch Österreich ein Steuerabkommen mit der Schweiz, und nach langem Zögern erklärte sich auch Italien bereit, über eine Abgeltungssteuer zu verhandeln, um so an Milliardenbeträge heranzukommen, die unversteuert auf Schweizer Bankkonten lagern. Der automatische Informationsaustausch und mithin die vollständige Abschaffung des Bankgeheimnisses konnten so fürs erste abgewendet werden.

Im Visier der US-Justiz

Unter Druck kam der Bankenplatz Schweiz jedoch erneut auch von seiten der USA. Seit die Grossbank UBS 2010 zur Herausgabe von 4450 Kundendateien gezwungen worden war, konnte kein Zweifel mehr bestehen, dass die Vereinigten Staaten

alles unternahmen, um an unversteuertes amerikanisches Geld auf Schweizer Banken zu gelangen. Einzelne Schweizer Banken setzten sich jedoch wider besseres Wissen über entsprechende Bedenken hinweg. Eine besonders skrupellose Wachstumsstrategie verfolgte die St. Galler Privatbank Wegelin – nach dem Leitspruch ihres Firmenchefs Konrad Hummler: «Nie werde ich bereit sein, den Status eines Steuerzahlers zu überprüfen. Sonst hänge ich den Job an den Nagel.» Da die Bank Wegelin international unbedeutend war und keine Filialen in den USA besass, glaubte sie weiterhin ohne besonderes Risiko US-Gelder akquirieren zu können. Trotzdem geriet sie ins Visier der US-Justiz. Nachdem einer ihrer Mitarbeiter im Oktober 2010 auf dem Flughafen Miami festgenommen worden war, zog sich die Schlinge zusammen. Am 27. Januar 2012 gab Wegelin Knall auf Fall den Transfer ihres Nicht-US-Geschäfts in die Notenstein Privatbank AG und deren Verkauf an die Raiffeisen Schweiz bekannt. Die älteste Privatbank der Schweiz (seit 1741), die zuletzt 700 Mitarbeiter beschäftigt hatte, war am Ende. Die Verhandlungen Berns mit Washington über ein Steuerabkommen, das auch sämtliche Ansprüche an Schweizer Banken abdeckte, wurden durch die Wegelin-Affäre zusätzlich belastet.

Die Schweiz war 1992 den Institutionen von Bretton Woods – Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) – beigetreten. Seither leitete sie eine Stimmrechtsgruppe, zu der auch Aserbaidschan, die Kirgisische Republik, Polen, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan und Kasachstan gehören. Bisher nahm die Schweiz je einen der 24 Sitze in den Exekutivräten von IWF und Weltbank ein. Obschon sie sich bereiterklärte, rund 16 Milliarden zur Aufstockung der IWF-Mittel beizutragen, büsste sie an Einfluss ein. Sie muss künftig ihren Sitz im IWF-

wanderbild.ch

Faszinierende Ostschweiz

«wanderbild.ch» ist die Fotogalerie des Appenzeller Verlags mit grossformatigen Bildern, die die Schönheiten der Ostschweiz in Ihre Wohnung oder in Ihr Büro bringt. Die High-End-Vergrösserungen verbinden modernste Digitaltechnik mit klassischer Fotografie.

Eine Auswahl der Bildtafeln finden Sie im Appenzeller Medienhaus, Herisau (permanent), täglich 7.30 bis 12.00 Uhr, 13.30 bis 17.00 Uhr. Die vollständige Kollektion finden Sie auf www.wanderbild.ch

Exekutivrat mit Polen teilen. Ihr geringes Gewicht auf internationaler Ebene bekam die Schweiz auch in der UNO zu spüren: Sie scheiterte mit ihrem Antrag, den UNO-Sicherheitsrat zu reformieren und transparenter zu machen.

Irritationen und Indiskretionen

Ungelöst blieben Streitfragen mit Nachbarländern: Im Asylbereich setzte sich Italien konstant über das Dublin-Abkommen hinweg und verzögerte oder verunmöglichte die Rücknahme von Asylsuchenden, die von Italien her in die Schweiz eingereist waren. Keine Bewegung auch im Fluglärmstreit mit Deutschland: Obschon ein von beiden Staaten in Auftrag gegebenes Gutachten eine deutlich geringere Lärmbelastung Süddeutschlands gegenüber der Schweiz ermittelt hatte, weigerten sich die Deutschen, von ihrer Maximalforderung nach einer weiteren Reduktion der Anflüge auf den Flughafen Zürich abzurücken.

Bilaterale Zugeständnisse vermochte Bern auch im Zusammenhang mit der Erneuerung der Schweizer Flugwaffe nicht herauszuhandeln. So blieben die Konkurrenten «Rafale» (Frankreich) und «Eurofighter» (Deutschland, Italien, Grossbritannien, Spanien) schliesslich auf der Strecke. Der Bundesrat entschied sich für die kostengünstigste Lösung: Am 30. November 2011 beschloss er, 22 Kampfflugzeuge des Typs Saab Gripen als Ersatz für die veralteten F-5E/Tiger zu beschaffen. Der Entscheid stiess verbreitet auf Widerstand. Immer wieder sah sich der federführende Bundesrat Ueli Maurer mit Indiskretionen konfrontiert.

Bild: istockphoto

Umstrittener Entscheid: Der Bundesrat beschloss den Kauf von 22 Kampfflugzeugen des Typs Saab Gripen als Ersatz für die veralteten F-5E/Tiger.

Indiskretionen blieben ein Dauer-Ärgernis für die Landesregierung. Schliesslich verfügte Eveline Widmer-Schlumpf als Bundespräsidentin, dass die Mitglieder des Bundesrates jeweils vor Beginn der Sitzungen ihre Handys abzugeben hätten. Was vermutlich ein Schlag ins Wasser war, stammten doch viele der Indiskretionen aus dem persönlichen Umfeld der Bundesrats-Mitglieder.

Für Irritationen im Verhältnis zwischen Unterland- und Bergkantonen sorgte die Annahme der Zweitwohnungsinitiative durch die Schweizer Stimmberechtigten. Entgegen allen Erwartungen wurde das Volksbegehren in der Abstimmung vom 11. März 2012 mit 50,6 % Ja-Stimmen angenommen. Kantone wie das Wallis und Graubünden sahen sich unversehens für ihre Bausünden in Tourismusgebieten bestraft. Dies, obschon die Zweitwohnungsinitiative viele Fragen offen liess.

Für grosse Betroffenheit sorgte eine Katastrophe im Wallis: Bei einem der schwersten Busunglücke in der Geschichte der Schweiz starben am 13. März 2012 28 Menschen. Unter den Opfern waren 22 Kinder. Sie gehörten zu zwei belgischen Schulklassen, die im Wallis Winterferien verbracht hatten. Der Bus war aus unbekannten Gründen in einer Tunnelröhre der A9 bei Siders gegen eine Wand gekracht.